

29. März



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/74 - 29. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Ein Deutscher in Reinkultur"</u> Was tut Bonn zur Entspannung?	46
2 - 3	<u>Wer hat in Italien "gesiegt" ?</u> Die Geschichte einer Regierungsbildung Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	72
4 - 5a	<u>"Berliner Manifest" der Journalisten</u> Gedanken zum Deutschen Journalistentag "Den Raum der Freiheit offenhalten" Von Paul O. Vogel, Dortmund	119
5 a	<u>Ein Symptom</u> Britische Kinder dürfen nicht in die Bundesrepublik	25
6	<u>Nochmals: Juden unerwünscht?</u> Von Dr. Adolf Arndt, MdB	31
7	<u>Ein großer Europäer</u> Vor zehn Jahren starb Léon Blum	34

\* \* \*  
\* \*

"Ein Deutscher in Reinkultur"

Was tut Bonn zur Entspannung?

G.M. - Das elfte deutsch-englische Gespräch in Königswinter am vergangenen Wochenende hat gezeigt, daß sich in der angelsächsischen Welt aus den verschiedensten Gründen eine Aversion gegen "das Deutsche" anbahnt, die zu denken geben sollte. Daß die englischen Gesprächspartner den Deutschen nicht direkt vorwarfen, die Regierung der Bundesrepublik sabotiere weltweite Bemühungen um die Entspannung, ist der britischen Höflichkeit zuzuschreiben.

Was sich zur Zeit in Frankreich abspielt, kann noch nicht in allen seinen Auswirkungen übersehen werden. Aber trotz der oft hässlichen Berichterstattung in einem großen Teil der deutschen Presse über den Besuch Chruschtschows sollte die Hauptüberschrift der seriösen Pariser Zeitung "Le Monde" festgehalten werden, die eine Zwischenbilanz des russisch-französischen Treffens wie folgt charakterisiert:

"Sowjets und Franzosen beglückwünschen sich zum Klima des Pariser Aufenthaltes und zum Ton der ersten Unterhaltungen."

Zu gleicher Zeit hören wir aus Washington, der britische Premier Macmillan und Präsident Eisenhower seien sehr darauf bedacht, einen tragbaren Kompromiß in der Frage des Stops der Atomwaffenversuche, über die zur Zeit in Genf verhandelt wird, auszuarbeiten.

Während all' dies geschieht, spart Bundeskanzler Dr. Adenauer weder in den USA noch im Fernen Osten mit Beschwörungen an die Adresse der Freunde der Bundesrepublik, sie mögen doch gegenüber Chruschtschow "hart" bleiben. Gewiß, auch Dr. Adenauer hat in seinen zahlreichen Pressekonferenzen ebenfalls von der Abrüstung gesprochen, die notwendig sei, um ein besseres Klima im Ost-West-Verhältnis herbeizuführen. Er meint aber damit die globale Abrüstung und die Schritte, die hierzu von anderen getan werden müßten.

In der ganzen Welt beginnt man sich zu fragen, was den Bundeskanzler wohl veranlassen könnte, nicht auch darüber zu reden, welchen Beitrag die Bundesrepublik zur Abrüstung und damit zur Entspannung zu leisten bereit sei. Dagegen werden offene und versteckte Drohungen an die Adresse Chruschtschows ausgesprochen, an die Adresse des Mannes also, der zur Zeit in Frankreich mit de Gaulle verhandelt und dessen Abrüstungsdelegierter Sorin in Genf bei den Abrüstungsverhandlungen die Möglichkeit eines Arrangements mit den Westmächten durchblicken läßt.

Hier manifestiert sich ein Starrsinn, den die deutsche Öffentlichkeit auch dann nicht übersehen sollte, wenn man ihr lang und breit schildert, wie der Herr Bundeskanzler trotz seines hohen Alters in Japan mit Geishas plaudert, auf Socken einherwandelt und Reiswein trinkt. Wie schrieb doch eine große westdeutsche Zeitung? Der Kanzler habe den Japanern "einen Deutschen in Reinkultur" vorgeführt. Hoffen wir alle, daß dieser "Deutsche in Reinkultur" in der Weltöffentlichkeit nicht den Gedanken aufkommen läßt, wir seien unverbesserliche Störenfriede.

+ + +

### Wer hat in Italien "gesiegt" ?

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Am 4. April wird der neue italienische Ministerpräsident Tambroni vor dem Parlament die Regierungserklärung ablesen und sein ausschließlich aus Christdemokraten bestehendes Kabinett vorstellen. Ob damit die italienische Regierungskrise beseitigt ist, wird in Rom allgemein bezweifelt. Aber unabhängig davon, wie lange sich Tambroni halten kann, dürfte es interessant sein, einen Blick hinter die Kulissen dieser merkwürdigen Regierungsbildung zu werfen.

Als es so aussah, als hätte Segni alle politischen Hindernisse, die zwischen der Democrazia Cristiana einerseits und den Sozialdemokraten sowie Republikanern andererseits lagen, beseitigt, hat dieser ganz unerwartet seinen Verzicht bekanntgegeben, eine Regierung des "linken Zentrums" zu bilden. Diese Nachricht kam umso überraschender, als kurz vorher der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Moro, diese Regierungsformel in einem Agenturbericht befürwortet und verteidigt hatte. Segni hat den Versuch dieser für Italien neuen Regierungsformel ohne nach außen sichtbaren Grund aufgegeben. Es darf wohl aber angenommen werden, daß die offen erklärte Opposition der Kirche, sowie diejenige der großen industriellen und landwirtschaftlichen Gruppen, die in angesehenen Informationsblättern (z.B. im "Corriere della Sera") deutlich zu Tage getreten sind, für den Verzicht Segnis, einen "Ruck nach links" zu wagen, entscheidend waren. Dazu kommt noch die geringe Begeisterung, mit welcher Segni selber diesen Versuch unternommen hat, sowie die heftige Opposition im eigenen Lager. Persönlichkeiten wie Pella haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie diese Möglichkeit des "linken Zentrums" mit allen Mitteln bekämpfen würden.

### Kirchlicher Druck auf Segni ?

In politischen Kreisen heißt es, Segni habe, kurz bevor er sich mit seinen zukünftigen Alliierten - Sozialdemokraten und Republikanern - zu einer endgültigen Unterredung treffen sollte, einen Stellvertreter von Kardinal Siri empfangen, der Segni die Mißbilligung der Kardinäle der römischen Kurie in bezug auf eine Regierung des linken Zentrums nochmals vergegenwärtigte. Infolge dieses Gesprächs habe Segni seinen Verzicht bekanntgegeben. Dies würde also mit anderen Worten bedeuten, daß der Ministerpräsident der italienischen Republik die Unmöglichkeit einge-

sehen hat, sein Bekenntnis zum Katholizismus, das der moralischen Autorität der geistlichen Hierarchie untersteht, mit seinen Pflichten als Minister des italienischen Staates zu vereinbaren.

Wie dem auch sei, der Hergang der Krise hat nochmals den Ernst der Lage gezeigt. Die Sozialdemokraten sind sehr verbittert. Saragat hat offen erklärt, die DC dürfe nicht damit rechnen, daß die Sozialdemokraten eine andere Regierung unterstützen werden. Dem von Präsident Gronchi designierten Mann - Tambroni - blieb demnach nur die Möglichkeit einer christlich-demokratischen "Einparte"-Regierung, der jedoch jegliche Grundlage für eine wirklich dauerhafte Stabilität fehlt.

Zu den eigenartigen Erscheinungen dieser Krise gehört, daß Segni - ein Mann des rechten Flügels der DC - der Auftrag übergeben wurde, eine Regierung des linken Zentrums zu bilden, währenddem Tambroni - welcher der Gruppe des linken Zentrums der DC angehört - eine sogenannte "geschäftsführende" Regierung aufgestellt hat, in der von Schul-Reform, von Regionen und Verstaatlichung der Elektrizitätsgesellschaften kaum mehr ernsthaft die Rede ist.

#### Negatives Echo

Eine solche Regierung hat mehr provisorischen und begrenzten Charakter sowie die Aufgabe, eine Abklärung der politischen Zerwürfnisse innerhalb der Democrazia Cristiana zu beschleunigen. Die dringenden christlich-demokratischen Appelle zur Wahrung der Einheit bestätigen den Ernst der Lage.

Alle Parteien, mit Ausnahme der DC, haben auf die Regierungsbildung Tambronis mehr oder weniger negativ reagiert. Tatsache ist, daß niemand mit Bestimmtheit sagen kann, worauf die DC im Grunde zielt; u.a. ganz einfach deshalb, weil die Democrazia Cristiana mit ihrem ewigen Schwanken den Eindruck erweckt, als wisse sie es selber nicht. Der Regierung nahestehende Blätter (z.B. il "Messaggero") kritisieren offen die Unsicherheit und die Unkonsequenz der DC, die mehrere Wege auf einmal einschlägt, ohne je einen ganz zu Ende zu gehen.

In den weniger klerikalen Kreisen Roms wird das Fehlen einer politischen Autonomie der DC hervorgehoben. Immer mehr gebe diese einem äußeren Ruck nach, sei es dem Druck der Kirche, dem der "Azione Cattolica" oder der großen elektrischen Gesellschaften - wie die Edison -; letztere betrachtet übrigens das Nichtzustandekommen einer Regierung des linken Zentrums, die mit der Nationalisierung dieses bedeutenden Sektors gedroht hatte, auch als ihren Sieg. + + +

"Berliner Manifest" der Journalisten

Von Paul O. Vogel, Dortmund

"In unserer heutigen Situation wird sichtbar, wie eng die politische Publizistik und die demokratische Staatsform einander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Erst die Demokratie, in der jeder Bürger dazu aufgerufen ist, das politische Leben mitzubestimmen, hat dem Journalismus mit der Meinungs- und Pressefreiheit Aufgaben übertragen, die über das Berichten hinausgingen ... So ist der Journalismus zum treuen Weggefährten der demokratischen Idee geworden und ist gleichzeitig an seiner Aufgabe gewachsen".

Das sind einige der Sätze, die Bundespräsident Lübke in der vergangenen Woche anlässlich seiner Rede zum Deutschen Journalistentag prägte. Es war ein wichtiger Tag in großem Rahmen und an dem einzig denkbareren Ort für ein solches Ereignis - Berlin. Der Bundespräsident empfing die Vertreter des Deutschen Journalistenverbandes im Schloß Bellevue, der Regierende Bürgermeister Willy Brandt stellte sich zum Gespräch im Schöneberger Rathaus, und beiden gaben die Journalisten das Wort zur Würdigung und Wertung der journalistischen Aufgaben.

\*

Als der Deutsche Journalistenverband vor zehn Jahren gegründet wurde, waren zwar die Grundsätze der Pressefreiheit im Grundgesetz des Provisoriums Bundesrepublik verankert, aber von mancherlei Bestimmungen der Alliierten eingeschränkt. Heute sind diese Schranken gefallen, die Organisation der Journalisten - der Deutsche Journalistenverband und die Journalistenunion der Gewerkschaften - haben die aufdringlichsten Versuche abwehren können, den Raum der freien Meinungsäußerung einzuengen. Aber dieser Kampf ist für die deutsche Publizistik durchaus nicht gewonnen worden. Sein Ausgang ist so lange ungewiß, wie an der Machtspitze des Staates und der Wirtschaft Männer stehen, denen die Verfolgung ihrer Ziele wichtiger ist als das freie, kritische Wort der Publizistik.

\*

Von solchen Gefahren war in Berlin sehr viel die Rede. Einen ganzen Tag ihrer Berliner Beratungen haben die Journalisten aus Rundfunk und Presse dem Problem gewidmet, wie man den Freiheitsraum der Organe der öffentlichen Meinung sichern könne, und es haben die Gründer des Deutschen Journalistenverbandes wohl kaum vermutet, daß nur zehn Jahre später Druck und Versuchung nicht nur aus dem staatlich-politischen Bereich, sondern vielleicht noch mehr aus den Bezirken der Wirtschaft kommen würden. Um so mehr Gewicht haben bei der Beurteilung der augenblicklichen Lage der Presse diese ernsten - und unverblühten Worte des Bundespräsidenten:

"Ich sehe Bedrängnisse, vielleicht sogar Gefahren für die Pressefreiheit aus Einwirkungen auf das Zeitungswesen, die schwer abzuweisen sind. Hier liegt ein Teil der Gründe, daß sich der Redakteur seinem Verleger gegenüber nicht immer durchsetzen und zu behaupten vermag. Der Verleger ist in erster Linie Unternehmer und muß die Fragen der Wirtschaftlichkeit sorgfältig beachten. Er fürchtet Anzeigen- und Abbonnenschwund, wenn in seiner Zeitung Meinungen geäußert werden, die den Interessen mächtiger Gruppen und Unternehmungen widersprechen. Es muß deshalb mit Nachdruck versucht werden, auch die innere Pressefreiheit zu erhalten."

Diese tadelnden und warnenden Worte kamen aus dem Munde eines Mannes, der lange Zeit als Minister einen Amt vorstand, in dem der Druck mächtiger Interessenten, ermutigt von der allgemeinen Richtung der Regierungspolitik, besonders deutlich spürbar war. Und tatsächlich berichten heute alle Publizisten, alle publizistischen Unternehmen von

Versuchen aus dem Bereich der Politik, des Staates, auch der Kirchen, der Verbände, der Organisationen und der Wirtschaft, den Strom der öffentlichen Meinung in bestimmte Bahnen zu lenken. Vor diesen Gefahren zu warnen, war eine der wichtigsten Aufgaben des Deutschen Journalistentages am vergangenen Donnerstag in Berlin.

\*

Aber natürlich haben die Journalisten nicht nur nach Freiheit für sich gerufen. In allen drei Arbeitsgruppen des Deutschen Journalistentages wurde klar ausgesprochen: Wer weitgesteckte Freiheit für sich verlangt, muß sich auch Bindungen auferlegen; wer andere kritisieren will, muß selbst Vorbild sein. So fand der Bundespräsident starke Zustimmung, als er sagte:

"Letzten Endes werden die Einrichtungen der Publizistik in der Öffentlichkeit nur so viel Verständnis und Rücksichtnahme finden, wie sie selbst aufzubringen bereit sind." Der Bundespräsident erinnerte in diesem Zusammenhang an das Versagen weiter Teile der deutschen Presse in der Weimarer Republik und fügte hinzu:

"Wir sind uns wohl alle darin einig, daß eine derartige Entwicklung sich nicht wiederholen darf, und deshalb weise ich nochmals darauf hin, daß Journalisten und Verleger mit größter Energie an die Aufgabe herangehen müssen, das Gefühl für die Grenzen zu stärken, die durch politische Klugheit, Takt und persönliche Rücksichtnahme gezogen sind. Hier hilft nur die dauernde Selbstkorrektur der Journalisten."

\*

Als diese Worte verklungen waren, hatten die aus allen deutschen Ländern nach Berlin gekommenen Delegierten der 10. Jahreshauptversammlung des Deutschen Journalistenverbandes ihre Leitsätze bereits der Öffentlichkeit übergeben, Leitsätze, die Forderungen an die Journalisten selbst, aber auch an die demokratische Bürgerschaft enthalten. Ihre wesentlichen Punkte besagen:

Die Pressefreiheit ist nicht Privileg eines Berufstandes, sondern "eine der Voraussetzungen für Existenz und Verwirklichung der freiheitlichen Demokratie."

Alle Publizisten werden aufgerufen, sich unablässig ihrer besonderen Aufgabe und Verantwortung bewußt zu sein und keine der ihnen gegebenen Möglichkeiten zu einer unabhängigen Meinungsäußerung ungenützt zu lassen.

Jeglicher Eingriff staatlicher Organe in die journalistische Arbeit sowie Behinderung und Beeinträchtigung durch außerhalb stehende Kräfte wird abgelehnt.

Die Journalisten bekennen sich zu "Eigenverantwortung und Selbstdisziplin" und zur "Deutschen Presserat" als Einrichtung zum Kampf gegen Eingung und Mißbrauch der Pressefreiheit.

"Die Achtung vor der Wahrheit und die Anerkennung des Rechtes der Öffentlichkeit auf Information ist oberste Pflicht der Journalisten", sagt ein weiterer Leitsatz. "Grundsatz muß die wahrheitsgemäße Unterrichtung der Öffentlichkeit unter Zurückstellung privater wirtschaftlicher Belange sein."

Es wird festgestellt: "Werbungtreibende Wirtschaft und Interessengruppen versuchen in immer stärkerem Maße den Textteil der Zeitungen und die Rundfunk- oder Fernsehsendungen zu beeinflussen." Das gefährde die objektive Unterrichtung und deshalb müßten diese Einflüsse von Journalisten, Verlegern und Rundfunkanstalten gemeinsam abgewehrt werden. Entsprechende Vereinbarungen zwischen Verlegern und Journalisten werden auf dem Gebiet der Presse angestrebt.

Diese Leitsätze - man wird sie vielleicht einst "Berliner Manifest" nennen - sind ohne Zweifel ein wichtiges Dokument im Kampf um die Wahrung demokratischer Freiheiten. Inwiefern werden die Berliner Tage in die Geschichte des deutschen Journalismus eingehen. Denn wenn diese Leitsätze zum Grundgesetz der Organe der öffentlichen Meinung werden, ist ein wichtiger Pfeiler der Demokratie gefestigt.

Bleiben sie aber Deklamation, so wird das demokratische Kraftfeld an einer entscheidenden Stelle geschwächt. Darüber waren sich die Teilnehmer des Deutschen Journalistentages und die Delegierten der Jahreshauptversammlung des Deutschen Journalistenverbandes in Reden, Diskussionen und privaten Gesprächen einig. Und sicher wären die Reden und die Leitsätze vorsichtiger und verwaschener ausgefallen, wäre nicht vor den Delegierten dieser Blick aus den Fenstern der Kongresshalle gewesen, auf die Trümmer des alten Reichstages und auf die roten Fahnen am Brandenburger Tor.

+ + +

#### Ein Symptom ?

sp - Zwanzig britische Jugendliche, die ihre Sommerferien bei deutschen Familien im Kreis Heidenheim verbringen wollten, haben ihr Vorhaben absagen müssen. Ihre Eltern waren dagegen. Und warum? Sie, die Eltern, befürchten, ihre Kinder würden in der Bundesrepublik durch die Berührung mit nationalsozialistischen Einflüssen sittlich und geistig verdorben werden. Sie, die Eltern, nehmen an, die deutschen Familien, bei denen ihre Kinder wohnen sollten, wären alle Nationalsozialisten und unverbesserliche Antisemiten. Diese Einstellung britischer Familien ist sicherlich nicht zu verallgemeinern, aber immerhin offenbart sie die Tiefe des Misstrauens zwischen beiden Völkern. Hier wird erkennbar, was die antisemitischen Sudeleien in der Bundesrepublik an Schaden im Ausland angerichtet haben. Britische Jugendliche, die zu uns auf Besuch kommen wollen, müssen nun darunter leiden, ihnen ist verwehrt worden, was die Jugend aller Länder so heiß begehrt: zu reisen, um ein anderes Volk und Land und seine Sitten kennenzulernen. Sollte man deshalb diesen britischen Eltern böse sein? Gewiß ist ihre Entscheidung zu bedauern und von der Sache her nicht gerechtfertigt. Einige Unverbesserliche und Rückfällige prägen bestimmt nicht das Gesamtbild der Nation. Aber wir müssen uns zuerst auf die eigene Brust klopfen, denn bei uns ist die Kölner Synagogenschändung geschehen und wir alle zusammen haben in der Vergangenheit zu wenig getan, den Unrechtsgeist einer verrufenen Epoche endgültig zu bannen. Die Folgen solcher Nachlässigkeit oder Versäumnisse berühren nicht nur die Bereiche der hohen Politik, sie wirken sich auch in den Beziehungen von Mensch zu Mensch aus.

+ + +

Nochmals: Juden unerwünscht?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Auf meine kritischen Äußerungen gegen das von israelischen Staatsbürgern erhobene Kopfgeld erhielt ich den nachstehend im Auszug wiedergegebenen Brief, dessen Absender mir mit Namen und Adresse bekannt ist:

"Ihre scharfe Kritik am Kopfgeld für einreisende Israelis war wirklich angebracht. Daß diese Maßnahme nicht nur den Sinn hat, "sicherzustellen, daß der Aufenthalt nicht unbefugt ausgedehnt und keine Arbeit aufgenommen wird" möge Ihnen meine Erfahrung mit... Behörden beweisen: Im Herbst 1958 bekam ich von der italienischen Regierung ein Stipendium für ein einjähriges Studium in Mailand, das mit mehrmonatiger Verspätung zur Auszahlung kam. Ein junger israelischer Architekt - Mordechai Dubrawski (c/o Grez, Tel Aviv, Zamenhoffstr.21) bezahlte fast zwei Wochen meine Übernachtungskosten in der Jugendherberge und sorgte dafür, daß ich genug zu essen hatte, als er hörte, daß ich Halbwaise sei und meine Mutter kein Geld schicken konnte. Ich lud Herrn D. ein, das Weihnachtsfest bei uns zu verbringen und anschließend noch eine Woche mit mir in..... in einem Studentenheim zu wohnen, damit ich ihm die Stadt zeigen konnte. Dies scheiterte am Kopfgeld. Ich ließ nicht locker, versuchte es am Landratsamt Freising (Wohnsitz meiner Familie ist Moosburg bei München), fuhr zweimal persönlich hin, war persönlich am Rathaus Moosburg - es half alles nichts. Mir war es wie ein Hohn, daß etwa 5-6 Wochen nach Einreichung meines Antrags, meine Mutter aufs Rathaus Moosburg bestellt wurde, um Angaben über Herrn Dubrawski zu machen, obwohl im Antrag genau die Zeitdauer des Besuches angeführt war und ich bei meinen persönlichen Besuchen in Freising und Moosburg alles eingehend erklärt hatte. Auf Wunsch von Herrn Dubrawski verzichtete ich auf weitere Bemühungen....."

Sind also doch in der Bundesrepublik Juden unerwünscht?

+ + +



### Ein großer Europäer

sp - Als am 30. März 1950 bekannt wurde, daß Léon Blum die Augen für immer geschlossen hatte, senkte sich Trauer über Frankreich. Die Franzosen verehrten in ihm nicht nur den Sozialisten, den Nachfolger von Jean Jaurès; sie sahen in ihm den großen Europäer, dessen politisches Wollen, anknüpfend an die Freiheitsidee der französischen Revolution, geprägt war von einem modernen humanitären Sozialismus.

Wir Deutschen verdanken Léon Blum viel. Er war der erste nahehaft französische Politiker und Staatsmann, der sofort nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager Buchenwald, wohin ihn die Nationalsozialisten während des Krieges verschleppt hatten, öffentlich gegen den Begriff einer "Deutschen Kollektivschuld" auftrat. Blum tat dies zu einer Zeit, da die stärkste französische Partei, die KP, in den Straßen von Paris Demonstrationen ehemaliger KZ-Häftlinge organisierte und ihre nationalistische Politik mit der Parole bestritt: "Alle Deutschen sind schuld". Auch die französische Rechte hatte sich damals dem kommunistischen Slogan angeschlossen.

Léon Blum setzte sich leidenschaftlich für ein ungeteiltes Deutschland ein. Er war ein Gegner jeder Art von Separatismus und strebte die Eingliederung Deutschlands in ein kollektives europäisches Sicherheitssystem an. Damit wollte er die Sicherheit aller europäischen Völker festigen. Seine Nachfolger förderten das Entstehen Kleineuropas.

Es war Léon Blum, der schon 1936 die Franzosen davor warnte, den entwicklungsfähigen Völkern Afrikas und Asiens das Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern. Mächtige Finanzgruppen verbanden sich gegen diesen Mann; sie organisierten die Kapitalflucht aus Frankreich und stürzten den damaligen Ministerpräsidenten Léon Blum.

Heute weiß man, daß sich Frankreich wahrscheinlich den Indochina-Krieg, das Suez-Abenteuer und den Krieg in Algerien hätte ersparen können, würde es die Warnungen eines Léon Blum beachtet haben. Aber alles dies gehört der Geschichte an. Frankreich wird am nächsten Todestag seines Bürgers gedenken und sich daran erinnern, daß Léon Blum ein großer Franzose und Europäer war.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel